

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Somit kommen wir zum Schluss der Aussprache und gehen über zur Abstimmung.

Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrages Drucksache 18/5414 an den Sportausschuss – federführend – sowie an den Ausschuss für Schule und Bildung. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt dieser Überweisungsempfehlung zu? – Das sind die Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Wer stimmt dagegen? – Keine Gegenstimmen. Wer enthält sich? – Auch keine Enthaltungen. Damit ist diese **Überweisungsempfehlung angenommen**.

Wir kommen zu:

13 Lebensmittelverschwendung auf allen Ebenen der Wertschöpfungskette bekämpfen

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3287

Beschlussempfehlung
des Ausschusses für Umwelt,
Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft,
Forsten und ländliche Räume
Drucksache 18/5482

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion der Abgeordneten Bianca Winkelmann das Wort.

Bianca Winkelmann (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist hier in dieser Woche schon das eine oder andere Mal angesprochen und zu Recht auch kritisiert worden: Die SPD-Fraktion hat in diesem Plenum sage und schreibe null Anträge eingebracht – zu keinem Thema, nichts. Deutlicher könnten die Sozialdemokraten ihre Ideenlosigkeit kaum zur Schau stellen. Das grenzt wirklich an Arbeitsverweigerung.

(Frank Müller [SPD]: Da hat aber jemand ein Fleißkärtchen für das Lesen der Pressemitteilung des Fraktionsvorsitzenden verdient!)

– Ja, Sie waren fleißig und sind auf dem Rhein rumgepaddelt, habe ich mir sagen lassen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Wer ist denn jetzt Antragsteller? – Weitere Zurufe von der SPD)

Dass wir heute trotzdem über einen Antrag Ihrer Fraktion sprechen, hat damit zu tun, dass wir im umgekehrten Verfahren über einen Antrag von SPD und

FDP aus dem Februar beraten, der im Übrigen auch im Fachausschuss schon abgestimmt ist.

(Dietmar Brockes [FDP]: Jetzt müsst ihr auch zuhören! – Frank Müller [SPD]: Es macht doch gar keinen Sinn zuzuhören! – Weitere Zurufe)

– Alle mal wieder runterkommen.

(Zurufe von der SPD)

Liebe Kollegen, ich sage jetzt mal was Positives. Die Überschrift klingt nämlich schon ganz vielversprechend: „Lebensmittelverschwendung auf allen Ebenen der Wertschöpfungskette bekämpfen“. Der Inhalt selbst beschreibt im Wesentlichen Tatsachen zu Art und Umfang der Lebensmittelverschwendung. Pro Jahr wirft jeder Verbraucher und jede Verbraucherin durchschnittlich 78 kg Lebensmittel weg – 78 kg! Soweit die Statistik.

Besonders ärgerlich ist es, wenn Lebensmittel aus optischen Gründen oder aus Angst vor dem Ablauf des Mindesthaltbarkeitsdatums weggeworfen werden, obwohl sie vielleicht noch bedenkenlos zu verzehren sind.

(Frank Müller [SPD]: Jetzt muss die FDP auch zuhören!)

Ich kann auch noch lauter sprechen.

(Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: Bitte nicht!)

Das darf uns natürlich nicht egal sein. Jedes weggeworfene Lebensmittel ist sowohl aus ökologischer als auch wirtschaftlicher Sicht eines zu viel. Das Land Nordrhein-Westfalen nimmt sich dieser Verantwortung und dieser Problematik an. Es wird bereits einiges unternommen, um Lebensmittel vor dem Wegwerfen zu bewahren.

Ein wichtiger Partner ist dabei die Verbraucherzentrale, die seit Jahren mehr Geld erhält, um Konsumenten zu klugen Verbrauchern zu machen. Es geht zum Beispiel darum, den Menschen zu erklären, wie sie ihre Lebensmittel von A wie Apfel bis Z wie Zwiebel richtig lagern. Da gibt es nämlich kleine, feine Unterschiede.

Ebenfalls vom Ministerium gefördert wird die Seite „MehrWert NRW“. Dort gibt es reichlich Informationen zur Rettung von Lebensmitteln und zu lokalen Initiativen.

Unsere wichtigsten Player zur Rettung von Lebensmitteln, unsere engagierten Tafeln, hat das Sozialministerium von Karl-Josef Laumann in der Energiekrise beispielsweise mit entscheidenden Hilfen unterstützt. Auch das ist ein wichtiger Beitrag zum Thema.

Kurzum: In Nordrhein-Westfalen passiert etwas, und unsere Zukunftscoalition ist gewillt, die Lebensmittelverschwendung weiter zu bekämpfen. Anfang des Jahres hatten wir zum Beispiel in unserem Antrag für eine ganzheitliche Ernährungsstrategie Nordrhein-Westfalen klar gemacht, dass weitere Maßnahmen

zu ergreifen sind, um die Lebensmittelverschwendung auf allen Ebenen, von den Erzeugern bis hin zu den Verbrauchern, zu bekämpfen und zu reduzieren.

Insofern kommen SPD und FDP mit ihrem Antrag ein bisschen spät. Gut, jetzt haben wir ihn auch noch im umgekehrten Verfahren behandelt. Dafür können Sie nichts. Man kann auch den Eindruck gewinnen, dass Sie einfach Teile unseres Antrags übernommen haben.

(Zuruf von der SPD: Was? – Dietmar Brockes [FDP]: Der war viel zu unklar! – Lachen von Markus Höner [CDU] – Dietmar Brockes [FDP]: Ja!)

– Ja, wenn man mal genauer hinguckt und die beiden Anträge liest, dann entdeckt man das. Allerdings setzen Sie in meinen Augen teilweise die falschen Prioritäten.

Nicht alles, was gut klingt, ist auch wirklich hilfreich. Beispielsweise ist es aus meiner Sicht der falsche Weg, das Containern zu legalisieren. Vielmehr sollte der Lebensmitteleinzelhandel überlegen, welche Maßnahmen nötig sind, um Lebensmittel gar nicht erst in den Müll bzw. in den Container zu werfen.

Viel entscheidender ist es außerdem, dass wir bei den Jüngsten ansetzen müssen, und zwar egal, ob es nun um gesunde Ernährung, den Wunsch nach mehr Regionalität oder eben die Rettung von Lebensmitteln geht. Davon sind wir überzeugt. Für uns gilt hier das alte Sprichwort: „Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr.“

Ich bin mir sicher, dass ein Kind, das mal einen Bauernhof besucht und gesehen hat, welche Arbeit nötig ist, um ein Feld zu bestellen, eine Möhre zu ernten oder einen Liter Milch zu erhalten, mit anderen Augen am Küchentisch sitzen wird. Es muss unser Ziel sein, dass jedem Menschen klar ist: Der Becher Joghurt, die Scheibe Brot oder das Stück Käse sind keine Selbstverständlichkeit und gehören eben nicht in die Mülltonne; denn Lebensmittel sind im wahrsten Sinne des Wortes Mittel zum Leben. Das muss in den Köpfen der Verbraucherinnen und Verbraucher verankert sein. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Für die Fraktion der SPD hat nun die Kollegin Frau Blask das Wort.

Inge Blask (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Winkelmann, gut, dass wir in der Ampelregierung das Thema „Containern“ im Koalitionsvertrag haben. Darum brauchen wir uns daher hier in Nordrhein-Westfalen nicht zu kümmern.

(Zuruf von Bianca Winkelmann [CDU])

Jeder Verbraucher wirft in Deutschland 78 kg pro Jahr weg. Bricht man das auf den Tag herunter, entspricht dies über 200 g pro Tag. Das ist in etwa eine handelsübliche Packung Käse oder Wurst, die wir jeden Tag in die Tonne werfen.

Überlegt man einmal, welche ökonomischen und ökologischen Kosten hinter der Produktion einer solchen Packung Käse oder Wurst stecken – inklusive Wasserverbrauch, Verpackungsreduktion, Produktion, Transport und so weiter –, muss man feststellen: Das ist eine Verschwendung, die wir uns als Gesellschaft und als Volkswirtschaft einfach nicht mehr leisten dürfen.

(Beifall von der SPD und Norwich Rüße [GRÜNE])

Dabei machen die Lebensmittelabfälle in den Haushalten zwar den größten, aber eben nur einen Teil der in Deutschland weggeworfenen 11 Millionen Tonnen Lebensmittel aus. Die anderen Teile entstehen entlang des Produktionszyklus von der Primärproduktion über die Verarbeitung zum Handel. Und nicht nur das: Der WWF schätzt, dass circa 10 % aller globalen Treibhausgasemissionen auf Lebensmittelverschwendung zurückzuführen sind. Das ist knapp doppelt so viel wie der jährliche Ausstoß von Autos in der EU und in den USA zusammen.

Diese eklatanten Zahlen vermitteln uns einen sehr großen Handlungsdruck. Die regierungstragenden Fraktionen haben das auch in ihrem Koalitionsvertrag zum Ausdruck gebracht, wo zu lesen ist – ich zitiere –:

„Wir wollen die Lebensmittelverschwendung reduzieren, indem wir eine Aufklärungskampagne initiieren.“

Daraufhin waren wir eigentlich zuversichtlich, dass die Landesregierung diese große und dringliche Aufgabe mit dem nötigen Ernst und mit Tempo angreift. Ein guter Hebel wäre dafür die kürzlich im Umweltausschuss präsentierte ganzheitliche Ernährungsstrategie für NRW gewesen.

Doch leider bleibt der Antrag von Schwarz-Grün sogar hinter dem eigenen Koalitionsvertrag zurück. Während dort zumindest das Mittel einer Aufklärungskampagne angerissen wird, ist in der Ernährungsstrategie bloß noch allgemein von einer – ich zitiere – „Reduzierung von Lebensmittelverlusten auf allen Ebenen“ zu lesen.

Meine Damen und Herren von der CDU und den Grünen, ich erlaube mir, Sie daran zu erinnern, dass wir in der vergangenen Legislaturperiode gemeinsam in der Enquetekommission „Gesundes Essen. Gesunde Umwelt. Gesunde Betriebe“ Beschlüsse gefasst haben, die das Problem der Lebensmittelverschwendung ganz konkret aufgreifen und angehen. Deswegen ist unser Antrag auch als Erinnerungs-

stütze für Sie gedacht, quasi ein Service für die Regierung.

Uns ist es wichtig, diesem Thema mit der nötigen Ernsthaftigkeit zu begegnen. In der Enquetekommission haben wir genau das getan. Wir – die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen – haben einen guten Werkzeugkasten an Instrumenten gegen die Lebensmittelverschwendung entwickelt. Es wäre wirklich eine Schande, diesen aus parteipolitischen Erwägungen – oder was auch immer Sie da reitet – einfach liegen zu lassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem Sinne: Geben Sie sich einen Ruck, und stimmen Sie diesem Antrag, der im Großen und Ganzen die gemeinsamen Beschlüsse aus der Enquetekommission aufgreift, einfach zu. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Bianca Winkelmann [CDU])

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Für die Fraktion von Bündnis 90/Die GRÜNEN spricht nun der Kollege Herr Rüße.

Norwich Rüße (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema „Lebensmittelverschwendung“ bzw. „Lebensmittelabfälle“ bewegt uns alle und hat uns in der Tat auch in der Enquetekommission in der vergangenen Legislaturperiode bewegt.

Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass Ihr Antrag eigentlich eine Replik auf unseren Antrag ist. Wir haben gesagt, wir wollen eine ganzheitliche Ernährungsstrategie, und wir haben fünf Punkte benannt, unter anderem „Bildung“, aber auch das Thema „Lebensmittelverschwendung“.

Entweder hätten wir Ihnen heute einen zehn- bis zwölfseitigen Antrag mit allen Facetten vorgelegt können – dann hätten Sie gesagt: „Wieso kommen Sie mit so einem elendig langen Antrag daher?“ –, oder wir umreißen die Punkte. Der Punkt „Lebensmittelverschwendung“ ist in dem Antrag hinreichend erwähnt.

Ich bin der festen Überzeugung, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ministerium sehr wohl dazu in der Lage sind, die Ergebnisse der Enquetekommission selbst zu lesen, und dass sie selbst viele Vorstellungen darüber haben, was man bei diesem Thema berücksichtigen muss. Das ist nämlich der Arbeitsauftrag an das Ministerium. Insofern hat sich Ihr Antrag fast ein Stück weit erledigt.

Allerdings ist es ohne Frage ein spannendes Thema. Sie haben die Zahlen benannt, Frau Blask. 78 Kilo sind schon eine Hausnummer. Der überwiegende Teil fällt tatsächlich im Haushalt an, also nicht in der

Außer-Haus-Verpflegung und nicht bei den landwirtschaftlichen Erzeugern.

Wobei, darüber muss man auch reden: Ab wann ist Lebensmittelabfall überhaupt Lebensmittelabfall? Darüber muss man auch sprechen. Alles, was beim Kartoffelroden schon vom Kartoffelroder aussortiert und überhaupt nicht geerntet wird, weil die Kartoffeln zu klein sind, und somit auf dem Acker bleibt, wird ja nicht mitgezählt.

Wieso ist es so, wie es ist? Das ist sicherlich eine Frage der Wertschätzung. Frau Winkelmann hat das auch gesagt. Wertschätzen wir unsere Lebensmittel genug? Oder sind wir den Überfluss so sehr gewohnt? Ist es so normal, zu sagen: „Ich hätte heute gerne wieder eine andere Marmelade und riskiere es, dass die vorgestern angebrochene Marmelade in den nächsten drei Tagen nicht gegessen wird und dann verschimmelt“? Jeder von uns muss sich, glaube ich, so ein bisschen an die eigene Nase fassen. Genau das ist die Frage der Wertschätzung von Lebensmitteln, dass man also tatsächlich sagt: Ich muss anders mit Lebensmitteln umgehen.

Ein Punkt ist auch das Mindesthaltbarkeitsdatum. Ich finde die Frage total spannend, wie wir mit Lebensmitteln umgehen sollten, die das Mindesthaltbarkeitsdatum überschritten haben. Wie viel Angst steckt dahinter?

Eine uns allen bekannte Konditorei aus Mönchengladbach hat auf ihre Verpackungen geschrieben, dass eine Ware zwar bis zu einem bestimmten Datum haltbar, aber ab diesem Zeitpunkt nicht sofort tödlich ist. Ich finde das total wichtig, weil dadurch so ein bisschen angedeutet wird, dass wir glauben, wenn das MHD überschritten ist, dann seien die Sachen am nächsten Tag nicht mehr zu verzehren.

Stattdessen sind, glaube ich, im Umgang mit Lebensmitteln gesunder Menschenverstand, eine gute Nase und ein gutes Auge sehr wichtig, sodass wir uns trauen, die Sachen auch noch zwei Wochen später zu essen. So ein Joghurt hält schon ein bisschen länger als bis zu dem Datum, das auf der Packung draufsteht.

Was mich aber wirklich ein bisschen stört: Wir werden uns in den nächsten Jahren alle zusammen darum kümmern, dass der Lebensmittelabfall reduziert wird, ja, aber zur Wahrheit gehört dazu, dass dies nur begrenzt möglich ist. Wir werden es vielleicht um 20 % reduzieren können, vielleicht auch um ein Drittel. Ich weiß nicht, was da möglich ist, aber ein erheblicher Teil wird bestehen bleiben.

Das eigentliche, echte Problem bei Lebensmittelabfällen ist doch – darüber finde ich in Ihrem Antrag auch nichts –, die Abfälle doch zumindest so zu nutzen, wie man sie noch nutzen könnte. Das wäre doch das Mindeste. Wir könnten sie doch energetisch

nutzen. Diese Abfälle könnten in die Biogasanlage gehen.

Ich sehe es in der Statistik: Im Kreis Coesfeld wird das gemacht. Das ist der Kreis, der bei der Abfallverwertung am besten abschneidet. Fast alles landet dort in der Biotonne. Dann kann man es kompostieren und es in die Biogasanlage eintragen.

In unseren Großstädten – Herr Zimkeit, ich muss es leider erwähnen: Duisburg ist das schlechteste Beispiel – hat nicht einmal jeder zehnte Bürger die Möglichkeit, den Müll in einer Biotonne zu separieren.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Daran müssen wir noch arbeiten.

Wir leisten es uns, feuchten Abfall – Bananenschalen, Gurken, alles Mögliche mit einem hohen Wasseranteil – energetisch nicht zu nutzen, also Energie daraus zu ziehen. Nein, wir bringen es in die Müllverbrennungsanlage und setzen zusätzlich noch teures Erdgas ein, um diesen Müll dann zu verbrennen. Das ist ein Punkt, über den wir noch viel stärker diskutieren und bei dem wir noch viel mehr machen müssen. Dann hätten wir zumindest diese Fraktion so weit genutzt, wie wir sie nutzen könnten.

Der Antrag ist insgesamt ein Stück weit überflüssig.

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Die Redezeit, Herr Kollege.

Norwich Rüße (GRÜNE): Das Thema wird bei der Frage nach der Ernährungsstrategie mit aufgegriffen. Wir werden die Antworten aus dem Ministerium bekommen. Dann bin ich guter Hoffnung, dass die Lebensmittelabfälle hier in Nordrhein-Westfalen tatsächlich ein Stück weit reduziert werden können. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Für die Fraktion der FDP spricht nun der Kollege Herr Brockes.

Dietmar Brockes^{*)} (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

(Zurufe von Stefan Zimkeit [SPD] und Norwich Rüße [GRÜNE])

– Ich finde es ja gut, dass sich die Kollegen weiter über dieses wichtige Thema unterhalten, aber ich dachte, die Diskussion läuft hier im Plenum etwas anders ab, Frau Präsidentin.

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Liebe Kollegen, in diesem Fall, ich bitte Sie, jetzt dem Abgeordneten-

kollegen am Redepult Ihre Aufmerksamkeit. Vielen Dank.

Dietmar Brockes^{*)} (FDP): Lieben Dank, Herr Kollege Rüße, dass Sie jetzt auch bei meinen Ausführungen dabei sind. Ich möchte Sie auch direkt ansprechen.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Herr Brockes, wenn Sie reden, bin ich immer dabei!)

– „Immer“ glaube ich nicht so ganz.

Es ist schön, dass wir Einigkeit bezüglich der Bedeutung des Themas „Lebensmittelverschwendung“ haben. Das verwundert auch nicht – ich komme gleich noch darauf zurück –, denn es wurde ja schon angesprochen, dass wir dazu eine Enquetekommission hatten. Die Frage ist jetzt nur, wie detailliert wir die einzelnen Maßnahmen ergreifen.

Vorneweg noch, Herr Kollege Rüße, von wegen, wir hätten die energetische Nutzung nicht angesprochen: Das wissen Sie auch besser. Sorry, wir haben vor einigen Monaten den Antrag zu Biomethan eingebracht – das wissen Sie auch –, worüber wir auch intensiv gesprochen haben. Das war ein Antrag der FDP-Fraktion, zu dem auch Sie gesprochen haben. Jetzt zu sagen, das Thema wäre für uns nicht präsent: Wir haben es in einem anderen Antrag vorher schon behandelt. Deshalb Vorsicht, wenn Sie entsprechende Vorwürfe erheben.

Sie sprechen Ihren Antrag an, genau wie die Kollegin Winkelmann. Schauen Sie sich den doch mal an.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Der ist super!)

– Nee, der ist nicht super,

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Doch!)

weil da keine einzige konkrete Maßnahme drinsteht. Das ist genau der Unterschied zu dem Antrag von SPD und FDP. Wir gehen die Punkte konkret an.

(Beifall von der FDP und der SPD – Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Nehmen wir zum Beispiel das Thema „Containern“. Wo sind dazu ganz konkrete Forderungen in Ihrem Antrag gewesen? Nichts ist da drin gewesen.

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE]: Abschreiben kann ich auch, Herr Brockes!)

Was ist da gemacht worden? Nichts ist da gemacht worden.

Wir sind uns doch einig. Wir wollen, dass weniger Sachen weggeworfen werden, gerade auch in den Supermärkten. Das haben eben alle betont. Aber warum wird das denn gemacht? Wegen des Haftungsrisikos, das der Einzelhandel trägt. Da müssen wir doch ansetzen. Das ist Teil unseres Antrags und eine ganz konkrete Forderung, und dazu haben Sie bisher

nichts gemacht. Das muss man in der Deutlichkeit sagen.

Auch beim Thema „Mindesthaltbarkeitsdatum“ sind wir uns doch alle einig. Dann bin ich nämlich genau bei dem Punkt. Der Antrag von SPD und FDP ist aus der gemeinsamen Enquetekommission „Gesundes Essen. Gesunde Umwelt. Gesunde Betriebe“ entnommen.

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE]: Ja, ja!)

Wir haben fraktionsübergreifend in der Enquetekommission der FDP – sie war von uns beantragt – hervorragend zusammengearbeitet.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Unser gemeinsames Ziel ist es – das haben alle Sprecher in ihren Reden zum Abschlussbericht betont; Herr Rüße, Sie auch –, jetzt die Handlungsempfehlungen umzusetzen. Was machen wir seitens der Oppositionsfaktionen SPD und FDP?

(Norwich Rüße [GRÜNE] und Bianca Winkelmann [CDU]: Abschreiben! – Zuruf von Inge Blask [SPD])

Wir nehmen diese Forderungen, die Handlungsempfehlungen aus der Enquetekommission, in den Antrag rein.

(Zuruf von Bianca Winkelmann [CDU])

Dann können Sie doch heute nicht dagegen stimmen, Frau Kollegin Winkelmann.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Doch!)

Wie beschämend ist das denn?

(Beifall von der FDP und der SPD)

Wofür machen wir denn zwei Jahre eine Enquetekommission, wenn Sie anschließend hingehen und genau diese einzelnen Punkte,

(Zuruf von Bianca Winkelmann [CDU])

die wir ausgearbeitet haben in den Handlungsempfehlungen ... Schauen Sie sich die noch mal an!

(Bianca Winkelmann [CDU]: Handlungsempfehlungen, mehr nicht!)

Wir schreiben die in unseren Antrag. Das haben Sie in Ihrem Antrag nicht gemacht.

(Zuruf von Bianca Winkelmann [CDU] – Zuruf: Nicht so laut! – Unruhe – Glocke)

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wenn Sie ehrlich mit sich wären, dann müssten Sie dem Antrag von SPD und FDP hier an der Stelle zustimmen.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Herr Kollege Brockes, auch an Sie:

(Dietmar Brockes [FDP]: Entschuldigung, Frau Präsidentin!)

Die Lautstärke ist wirklich bestens so organisiert und eingestellt,

(Dietmar Brockes [FDP]: Habe ich jemanden geweckt? – Heiterkeit von der FDP und SPD)

dass es alle hören. Ich bitte darum, die Debatte ein bisschen ruhiger anzugehen.

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Vielen Dank.

Dietmar Brockes^{*)} (FDP): Frau Präsidentin, so ist es halt im Parlament mit Rede und Gegenrede: Einige muntere Kommentare aus den Reihen der Abgeordneten, und dann wird es schon mal ein bisschen lauter.

(Zuruf von Hendrik Schmitz [CDU])

Aber ich denke, daran ist deutlich geworden, dass bei dem Thema zumindest bei den Freien Demokraten sehr viel Herzblut dabei ist.

Wir haben die Enquetekommission damals ins Leben gerufen, und es haben alle Fraktionen sehr viel Arbeit reingesteckt. Wir haben ganz konkrete Handlungsempfehlungen in diesem Antrag übernommen.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Sie haben angefangen zu arbeiten, nachdem wir den Antrag gestellt haben!)

Deshalb wäre es doch eigentlich angebracht, liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfaktionen, wenn Sie an dieser Stelle nicht wie sonst üblich Oppositionsanträge nur ablehnen, weil sie von der Opposition kommen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der SPD – Norwich Rüße [GRÜNE]: Nee, da steht ja nichts Neues drin!)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Für die Fraktion der AfD spricht nun der Abgeordnete Herr Schalley.

Zacharias Schalley (AfD): Frau Präsidentin! Werte Damen und Herren! Es ist ein schön populistischer Antrag der Oppositionskoalition, der so wenig gehaltvoll ist wie eine dünne Wassersuppe. Statt Fettaggen schwimmen in dieser Antragsuppe nur ein paar Plättchen über Ressourcenverschwendung und Startups. Und um Ihre Zutaten für diesen Antrag voll zu machen, wird natürlich auch der Klimawandel reingerührt. Es ist wie der Appell von Mutter: Wenn du deinen Teller nicht leer isst, dann kommt die globale Erwärmung!

Das Problem der Lebensmittelverschwendung beginnt doch tatsächlich viel früher als beim Endverbraucher. Wie Sie selbst schreiben, ist die Definition von „Verschwendung“ unklar. Der Strunk vom Salat oder die Kartoffelschale sind nicht verwertbar, außer man füttert das Hausschwein damit, oder – moderner – man wirft es in die Biogasanlage.

Tatsächlich ist auch das Mindesthaltbarkeitsdatum kritisch zu sehen, vor allem, wenn man sich die teilweise skurrilen Auswüchse ansieht: Millionen Jahre altes Salz, das in drei Jahren ablaufen soll, nur weil Kräuter beigemischt sind.

Die tatsächlich vermeidbare Verschwendung beginnt bei der Produktion und findet vor allem bei den Zwischenhändlern statt. Die verfügbaren frischen Lebensmittel im Supermarkt haben prinzipiell eine geringere Lagerfähigkeit, alleine aus ökonomischem Interesse der Händler. Die schnell wachsenden, aber wenig resilienten Apfelsorten sind für den Handel attraktiver als alte Sorten, die auf gute Lagerfähigkeit hin gezüchtet wurden. Dafür sind diese nicht so ertragreich und optisch ansprechend. Hinzu kommen Verteilungsverluste im Groß- und Einzelhandel, wo aus Marketinggründen absolut genießbare Lebensmittel entsorgt werden.

Ich nenne Ihnen ein Beispiel. Knapp 60 kg Kartoffeln isst jeder Deutsche pro Jahr; gerundet konsumieren wir knapp 7 Millionen Tonnen. Es wird ein erklecklicher Teil bereits auf dem Weg vom Acker zum Teller ausgesondert. Grund hierfür sind häufig Vorgaben der Industrie zum Zweck der besseren Verarbeitung und des normgemäßen Erscheinungsbildes. Die EU-Verordnung zur Gurkenkrümmung lässt grüßen.

Auch die Verarbeitung sorgt für geringere Haltbarkeit. Eine gewaschene, polierte und in einem durchsichtigen Netz feilgebotene Kartoffel verdirbt schneller. Wer noch weiß, was eine Kartoffelmiete ist, der versteht, was ich meine.

Dasselbe gilt für andere Ware im Supermarkt. Ein bereits aufgeschnittener Käse oder geschnittenes Brot halten nicht so lange wie ein ganzer Laib, den man nach Bedarf portioniert. Zusätzlich müssen für die Optik noch Zusatzstoffe oder Chemikalien rein, die künstlich für Haltbarkeit sorgen.

Auch die Art des Angebots im Lebensmitteleinzelhandel produziert mehr Verschwendung. Die abgepackten Mengen passen nicht zum veränderten Konsumverhalten. Es gibt mehr Singlehaushalte. Die Mengen in einer Packung sind jedoch für zwei bis drei Personen kalkuliert. Gleichzeitig nehmen sich die Leute weniger Zeit, um zu Hause zu kochen. Sie greifen zu Fertiggerichten oder essen direkt außer Haus. Es gilt das Wort des katholischen Naturheilkundlers Sebastian Kneipp: Gegen das, was man im Überfluss hat, wird man gleichgültig.

Sie schreiben, 15 % der weggeworfenen Lebensmittel entstünden in der Verarbeitung von beispielsweise Fertiggerichten. Dazu berichtete der Verband der Lebensmittelhersteller auf der Grünen Woche: Es gibt Gesetze, die Lebensmittelverschwendung vorschreiben.

Ich erläutere das an einem Beispiel. Wenn in der Fabrik eine mit Salami belegte Tiefkühlpizza hergestellt wird, dann gibt es eine Maschine, die die durchaus meterlange Salami in Scheiben schneidet und damit die Pizza belegt. Doch egal, wie lang die Hersteller diese Salami machen, diese hat immer zwei Enden. Diese zwei Enden dürfen nicht auf die Pizza und müssen weggeworfen werden. Bei fast 400.000 t Fertigpizza, die letztes Jahr in Deutschland gegessen wurden, ist das eine erhebliche Menge an Wurstenden, die qua Gesetz in den Müll wandern.

Weiter führen Sie auf, 17 % der weggeworfenen Lebensmittel entstünden in der Außer-Haus-Verpflegung. Das ist ja auch logisch. In Kantinen und Großküchen kann man die benötigten Mengen nicht so gut kalkulieren wie zu Hause bei Muttern, und einen Sonntagseintopf oder die Reste vom Vortag aufgewärmt darf man den Kunden in der Kantine qua Gesetz auch nicht auftragen.

Die Lösung für die Berge von verschwendeten Lebensmitteln sieht die Politik wieder beim schwächsten Glied im Konsumkreislauf, beim Bürger. Der Bürger soll das systembedingte Problem der Überproduktion und fehlgeleiteten Lebensmittelästhetik durch Konsumanpassung lösen.

Sie gehen den Weg des kleinsten Widerstandes und wälzen die Verantwortung auf diejenigen ab, die angesichts grassierender Inflation auch bei Lebensmitteln ohnehin jeden Pfennig dreimal umdrehen müssen.

Der Endkonsument kann die wesentlichen Stützpfeiler der Wegwerf- und Konsumgesellschaft – Lebensmittelmarketing, Preisdumping und verquere ästhetische Normen – über seinen Konsum nicht ändern. Das kann der Markt nicht regeln. Das wäre ureigenste Aufgabe der Politik durch Anpassung der Vorschriften, indem beispielsweise beim Sack Kartoffeln auch die nicht normgemäßen bis zu einem bestimmten Grad beigemischt werden sollen oder eine konsequente Saisonalität in der Gemüse und Obstauslage vorgegeben wird.

Doch wie bei so vielen politischen Initiativen kratzen Sie nur die Schale an, die man tatsächlich nicht verwerten kann und die darum in die Tonne gehört – wie Ihr Antrag. – Vielen Dank.

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Für die Landesregierung spricht nun Ministerin Gorißen.

Silke Gorißen, Ministerin für Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ohne Zweifel greift der Antrag ein wichtiges und nach wie vor aktuelles Thema auf. Deshalb wird die Reduzierung von Lebensmittelverlusten auch zukünftig eine relevante Aufgabe sein.

Die Landesregierung nimmt sich dieser Aufgabe bereits seit Längerem engagiert an. In unserem Bericht, den wir erst Anfang des Jahres im Ausschuss vorgelegt haben, zeigen wir detailliert auf, was die Landesregierung bereits alles umgesetzt hat. Wir haben ausführlich dargestellt, wie umfangreich die Ansätze und Maßnahmen sind.

Sie können sicher sein, dass wir diesen Weg fortsetzen werden. Allerdings betrachten wir die Reduzierung von Lebensmittelverlusten nahezu immer im Gesamtkontext einer nachhaltigen und klimafreundlichen Ernährung.

Ein gutes Beispiel hierfür ist das Projekt NEiS – Nachhaltige Ernährung im Studienalltag – der Verbraucherzentrale NRW, die von uns gefördert wird. Das Angebot soll junge Erwachsene dabei unterstützen, eine insgesamt nachhaltige Ernährungsweise umzusetzen, und darüber hinaus auch dazu befähigen, das Umfeld nachhaltig zu gestalten. Lebensmittelverluste zu reduzieren, ist ein Bestandteil dieses Beteiligungsprojektes.

Aber auch im Rahmen unserer regulären Angebote wie der Vernetzungsstelle Kita- und Schulverpflegung, die wir gemeinsam mit dem Schul- und Familienministerium unterstützen, ist das Thema „Lebensmittelverschwendung reduzieren“ Bestandteil der umfassenden Beratungs- und Fortbildungsmaßnahmen, Unterrichtsmaterialien und praxisnahen Angebote. So kommen auch Angebote und Projekte zur Ernährungsbildung externer Akteure wie die der Verbraucherzentrale NRW sowohl in Schule als auch in der Kita zum Einsatz.

Zurückkommend auf konkrete Maßnahmen zur Reduzierung von Lebensmittelverlusten und die Unterstützung von Organisationen und Initiativen darf ich sagen: Wir haben in den vergangenen drei Jahren ein Projekt zur Optimierung der Logistik der Tafeln gefördert, um diese in die Lage zu versetzen, mehr Lebensmittel aus dem Handel und perspektivisch auch dem Großhandel und der Herstellung abzunehmen.

Um Ihnen das einmal greifbar darzustellen: Vor Beginn des Projektes konnten die Tafeln in Nordrhein-Westfalen pro Jahr rund 1.700 Paletten mit Lebensmitteln annehmen und verteilen. Das Ziel des Projektes lag bei ungefähr 3.500 Paletten, die jährlich angenommen und weiterverteilt werden sollten.

Dieses Ziel wurde noch deutlich übertroffen. Im vergangenen Jahr wurden auch dank der optimierten

Logistik rund 4.900 Paletten gespendete Lebensmittel über die Verteillager angenommen und an die Ausgabestellen der Tafeln in NRW weitergegeben. Das ist ein toller Erfolg und motiviert natürlich dazu, das Engagement fortzusetzen.

Auch auf Bundesebene ist in dieser Hinsicht in den vergangenen Jahren so einiges passiert. Um zukünftig mehr Prozesse digital abwickeln zu können, wurde die Entwicklung einer Plattform zur Optimierung der Lebensmittelverteilung bei den Tafeln angestoßen.

Sehr aufmerksam verfolgen wir jetzt natürlich auch die Entwicklungen auf der Bundesebene, wo derzeit eine Ernährungsstrategie in Erarbeitung ist. Die weitere Reduzierung von Lebensmittelverlusten ist im Eckpunktepapier der Bundesregierung genannt. Hier sollen nun weitere Maßnahmen initiiert, aber auch haftungsrechtliche Fragen und steuerrechtliche Erleichterungen für Spenden geklärt werden. Das bleibt jetzt abzuwarten, und dann werden wir entsprechende Informationen hoffentlich noch in diesem Jahr erhalten.

Auf Landesebene werden wir uns weiterhin für die Reduzierung von Lebensmittelverlusten einsetzen und dieses Zukunftsthema in Maßnahmen aufgreifen.

Ein Beispiel hierfür ist das Kantinenprogramm. Denn wenn wir über eine nachhaltige Verpflegung sprechen, dann meinen wir damit nicht nur einen gesunden und nachhaltigen Speiseplan und den Einsatz von möglichst regionalen Produkten, sondern auch die Förderung eines wirklich wertschätzenden Umgangs mit Lebensmitteln und dass möglichst wenig im Müll landet.

Sie sehen: Nordrhein-Westfalen ist seit vielen Jahren mit mehreren Ansätzen, guten Ideen und viel Engagement dabei, das vielschichtige Problem der Lebensmittelverluste anzupacken. Wir behalten diesen Kurs natürlich bei. Den Antrag lehnen wir aus diesem Grund ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Somit kommen wir zum Schluss der Aussprache und gehen zur Abstimmung über.

Der Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume empfiehlt in Drucksache 18/5482, den Antrag Drucksache 18/3287 abzulehnen. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Antrag Drucksache 18/3287 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer stimmt dem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen von FDP und SPD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und

AfD. Damit ist der **Antrag Drucksache 18/3287 abgelehnt**.

Wir kommen zu:

14 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den „Westdeutschen Rundfunk Köln“ (WDR-Gesetz)

Gesetzentwurf
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/3644

Beschlussempfehlung
des Ausschusses für Kultur und Medien
Drucksache 18/5488

zweite Lesung

Alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, dass die Reden zu diesem Tagesordnungspunkt zu Protokoll gegeben werden (*siehe Anlage*).

Daher kommen wir nun zur Abstimmung. Der Ausschuss für Kultur und Medien empfiehlt in Drucksache 18/5488, den Gesetzentwurf Drucksache 18/3644 abzulehnen. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 18/3644 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer stimmt dem Gesetzentwurf zu? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist der **Gesetzentwurf Drucksache 18/3644 abgelehnt**.

Wir kommen zu:

15 Pleiten, Pech und Pannen: Lehren und Konsequenzen aus der in Nordrhein-Westfalen mit dem Scholz-Modell gescheiterten Grundsteuerreform für das weitere Vorgehen

Große Anfrage 7
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3443

Antwort
der Landesregierung
Drucksache 18/4513

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion der FDP dem Abgeordnetenkollegen Herrn Witzel das Wort.

Ralf Witzel^{*)} (FDP): Frau Präsidentin und Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Antworttiefe und das Antwortverhalten der Landesregierung bei der vorliegenden Großen Anfrage entsprechen nicht der Tragweite und Betroffenheit

nahezu aller Bevölkerungsteile von der Grundsteuerreform in Nordrhein-Westfalen. Dennoch ist interessant, was so alles zum Vorschein kommt.

Nur ein paar kleine Beispiele an dieser Stelle: Nur 79 % der Steuerpflichtigen ist überhaupt ein Aufforderungsschreiben zur Abgabe mit weiteren Informationen zugesendet worden, nämlich nur für Wohngrundstücke. Trotz etlicher Postrückläufer gab es keinen allgemeinen zweiten Zustellversuch. Dies ist auch deshalb problematisch, da es keine Datenanforderungen bei den Kommunen vor dem Versand gegeben hat, also keinen einheitlichen Datenabgleich.

Sie dokumentieren die Überforderung der Steuerpflichtigen. Auch nach der Fristverlängerung fehlen noch 1,7 Millionen Eingänge, mehr als ein Viertel insgesamt. Der Zeitplan ist also erheblich in Verzug.

Es gibt rund 4 Millionen Hotline-Anrufer mit Beratungsbedarf. Die Grundsteuer-Hotline ist daher noch einmal bis zum 31. Oktober 2023 verlängert worden. Fristverlängerungen werden andererseits kaum bewilligt.

Fast jede zweite Steuererklärung ist nach Risikomanagementsystem unvollständig oder fehlerhaft und daher von Finanzbeamten individuell nachzubearbeiten.

Die Einspruchsquote gegen Steuerbescheide lag im Frühjahr noch bei 6,8 %. Heute ist sie stabil zweistellig. Bereits bis zur Jahresmitte liegen 800.000 Einsprüche vor. Der Finanzminister wird uns kein anderes Besteuerungsverfahren nennen können, bei dem solche Zahlen auch nur ansatzweise erreicht werden.

Deshalb sage ich Ihnen, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen und auch lieber Herr Finanzminister: Sie müssen in Ihren jeweiligen Rollen nicht auf die FDP-Landtagsfraktion hören, auch nicht, wenn wir Ihnen in bester Absicht als Service-Opposition überall dort mit guten Ratschlägen helfen, wo wir dies nur können.

Aber es sollte Ihnen zu denken geben, wenn es eine Vielzahl von Vereinen und Verbänden gibt in einem ganz breiten Bündnis von Partnern, die sonst nicht traditionell bei jeder Frage zusammenarbeiten. Wenn der Bund der Steuerzahler, Haus & Grund, der Verband Wohneigentum, der Steuerberaterverband und die Deutsche Steuer-Gewerkschaft, die die Beschäftigteninteressen vertritt, alle gemeinsam Ihnen übereinstimmend in Resolutionen und Forderungskatalogen bestimmte Dinge im Verfahren nahelegen, wie wir das hier auch entsprechend befürworten, dann sollten Sie diesen Forderungen schon ein gewisses Interesse widmen, auch wenn Sie den Punkt einem politischen Wettbewerber nicht gönnen.

(Beifall von der FDP)